

werden bei allen Schweizerischen Postämtern, sowie beim Verlag und dessen bekannten Agenten entgegengenommen, und zwar zum voraus zahlbaren Vierteljahrespreis von: Nr. 2. — für die Schweiz (Streuhand) Nr. 3. — für Deutschland (Courant) Nr. 1.70 für Oesterreich (Courant) Nr. 2.50 für alle übrigen Länder des Weltpostvereins (Streuhand)

die dreizehnpennige Zeitspaltel 25 Sil. — 20 Wfr.

# Der Sozialdemokrat

## Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie.

Beize an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Oesterreich verbotenen „Sozialdemokrat“ wolle man unter Beobachtung kaiserlicher Postpflicht abgeben lassen. In der Regel schicke man uns die Briefe nicht direkt, sondern an die bekannten Adressen. In zweifelhaften Fällen eingeschrieben.

Wöchentlich einmal in Zürich (Schweiz). Verlag der Volkshandlung Göttingen-Zürich. Postsendungen franko gegen franko. Gemündliche Briefe nach der Schweiz kosten Doppelpost.

1. Juli 1886.

Fortsetzung der Fondsausschlüsse folgt erst in Nr. 28.

### Zur Situation.

Die Reichstagsession ist nun endlich geschlossen worden, nachdem der Reichstag noch die todgeborene Branntweinsteuer-Vorlage (zweite Auflage) angemessen beerdigt und den Bericht über die neuesten, von der preussischen Regierung auf Grund des Sozialistengesetzes getroffenen Massregeln (Verhängung des kleinen Belagerungszustandes über Spremberg, Beschränkung des Versammlungswesens) in der gewohnten Weise „entgegengenommen“ hat. Nur daß es bei letzterer Aktion diesmal noch ruhiger abging als gewöhnlich. Die Herren Reichsboten wollten nach Hause und darum trachteten sie so schnell als möglich über die lästige Störung hinwegzukommen.

Die scharfe Kritik Singer's, die derben Worte Frohme's und Hajencleber's waren in den Wind gesprochen; so lauten Widerhall sie auch außerhalb des Reichstags, im Volke finden werden, die Volksvertreter ließen sie kalt. Diese Herren, Eugen Richter ausgenommen, hielten es nicht einmal der Mühe für werth, sich über die einschneidenden Massregeln des Herrn Puttkamer, über die neuerdings von ihm beliebte Methode der Anwendung seiner Machtbefugnisse auch nur zu äußern. Insbesondere schweig sich Herr Windthorst, der sonst so beredte Zentrumsführer, gründlich aus. Wer schweigt, stimmt mit Herrn Windthorst und Genossen die Verantwortung für alle die niederträchtigen Vergewaltigungen, welche die Arbeiterorganisationen in der letzten Zeit zu ertragen hatten, und für alle Gewaltmassregeln, welche in der Folge über sie verhängt werden sollten.

Denn nun, wo der Reichstag geschlossen, sind die Puttkamer und Konsorten auf Monate hinaus auch der geringsten Rücksicht auf irgend eine kontrollierende Körperschaft entbehren, nun können sie ungehindert schalten und walten und, da ja der Prozess Jhring-Wahlow ebenfalls glänzend zu Ende geführt ist — Berndt und Christensen sind wegen „verleumderischer Beleidigung“ des Wiedermannes Jhring-Wahlow zu sechs Monaten Gefängnis verurtheilt worden —, ihren Ausweisung-, Auslöschung- und Unterdrückungsgelüsten freien Lauf lassen.

Das Wohl und Wehe, Freiheit und Existenz von Tausenden und Abertausenden deutscher Arbeiter hängt jetzt von dem Belieben, von der Laune dieser gewissenlosen Volkzeigefellschaft ab. Wir dürfen somit auf Alles gefaßt sein. Nach den Ankündigungen Puttkamer's in der Sitzung vom 21. Mai und den darauf folgenden Hejnotizen in „Kreuzzeitung“ und „Reichsbote“ kann über die in jenen Kreisen vorherrschenden Absichten gar kein Zweifel sein. Es handelt sich nur darum, wie weit man ihre Ausführung für zeitgemäß, für opportuna findet. Wie gesagt, die Laune, lediglich die Laune, entscheidet.

Die deutschen Arbeiter mühten sich die letzten niedrigen Ranges sein, wenn sie nicht das Schmachvolle dieser Sachlage voll und ganz empfinden sollten, wenn sie nicht bei der Vergewaltigung der unwürdigen Rolle, die man ihnen aufzudrängt, unwillkürlich die Faust ballten, wenn ihr Blut nicht in Wallung gerieth jedesmal, wo man sie, gleich unmündigen Kindern, auseinanderjagt, um sie — vor sich selbst zu schützen! Nein, sie fühlen die Schmach dieser Behandlung nur zu sehr, und sie kosten sie die größte Ueberwindung, dieselbe im Interesse der Sache der Gesamtheit ruhig über sich ergehen zu lassen.

Das wissen die Burtschen, welche die Polizeigewalt in Deutschland ausüben, genau so gut, wie wir es wissen, und wenn sie trotzdem immer und immer wieder auf's Neue die Gebärde der Arbeiter auf's Spiel setzen, so muß man ein neugeborenes Kind sein, um nicht zu merken, worauf ihre unsauberen Manöver thatsächlich hinauslaufen.

Sie wollen Zornesausbrüche, sie wünschen Krawalle, wenn sie brauchen sie nothwendig, um ihr unsames System aufrechtzuerhalten, oder vielmehr weiter auszubilden. Solche Polizeiwirtschaft verträgt keinen Stillstand, sie muß sich entweder ausdehnen oder sie schrumpft zusammen, sie stirbt ab. Das aber muß um jeden Preis verhindert werden.

Bis jetzt sind alle diese schmutzigen Pläne an der Disziplin und Umsicht der sozialistischen Arbeiterschaft gescheitert. Die Arbeiter haben immer wieder ihre Entrüstung niederzukämpfen, ihre Leidenschaft zu beherrschen gewußt, und nichts ist bezeichnender für die Verlegenheit der Wortführer der Polizei, als daß sie sich gezwungen sahen, die winzige Spremberger Affäre zur Haupt- und Staatsaktion aufzubauschen, um doch mit einer größeren Leistung aufwarten zu können. Indes, der Appetit kommt mit dem Essen.

Wir haben also neben bloßen Nachreakten der Polizei neue Provokationen, neue Versuche zur gewaltthätigen Zujührung von Krawallen zu gewärtigen. Ob dieselben von dem gleichen Erfolge, bezw. Mißerfolge begleitet sein werden wie die früheren, bleibt abzuwarten. Unsere Genossen kennen ihre

Pflicht, aber schließlich sind nicht alle Arbeiter sozialistisch gesinnt, und gerade die ungeschulten Arbeiter am wenigsten im Stand, ihre Leidenschaft zu zügeln.

Was immer jedoch das Resultat der Bemühungen der strebsamen, avancementlustigen und zulagebedürftigen Jünger Kirchhof-Meyer's sein möge — auf das Haupt ihres Herrn und Gebieters die moralische, auf das Haupt der Väter und Adoptivväter des Sozialistengesetzes die politische Verantwortung!

### Herr Ludwig Bamberger.

(Schluß.)

Für Herrn Bamberger erscheint indessen, in einem heiterstimmenden Gegensatz zu der aufrichtigen Angst, in der er sich befindet, diese Aussicht als keine ernstliche Gefahr. „Am Tage nach einer sozialdemokratischen Erhebung“, sagt er S. 30, „würde stets die Anarchie, die Zerstörung, der Nihilismus das Feld behaupten, aus dem einfachen Grunde, weil es eine positive Lösung der sozialen Frage im wahren Sinne des Wortes nicht gibt. An die Wand gedrückt, seine Kunst zu zeigen, wird der Sozialismus aus purer Verlegenheit immer darauf verfallen, daß er vorläufig damit anfangen müsse, alles zu zerstören.“ Daß unter so bewandten Umständen der Sozialismus sich selbst ab-surdum führen würde, liegt so sicher auf der rechten Hand, daß Herr Bamberger es auszusprechen nicht einmal nöthig hat.

Die Ansicht ist nicht ohne Originalität, allerdings nur etwa in dem Sinne, wie die Krinoline heute neu und originell ist: eine abgethane, antiquirte Mode, die noch einmal aufkommen will. Vor 20 oder 25 Jahren freilich war jene Auffassung des Sozialismus allerdings sehr verbreitet, aber seitdem ist die allgemeine Kenntniß des Gegenstandes doch wenigstens in dem Maße gestiegen, daß selbst ein deutscher Professor dem Bamberger'schen Satz: „die Unterscheidung zwischen Sozialisten und Anarchisten ist eine rein theoretische“ (S. 30), corrigierend hinzufügen würde: eine theoretische nicht nur, sondern auch eine praktische. Und Herr Bamberger, der geistvolle Rationalökonom, sollte in solchen Irrthum verfallen! Oder haben vielleicht die „guten Freunde“ Herrn Bambergers ihn nur deshalb als einen Rationalökonom bezeichnet, um seine verwundbarste und schwächste Seite recht auffällig zu machen? Fast möchte man daran glauben, wenn man die ökonomischen Partien in seiner letzten, — man kann übrigens auch sagen vorletzten oder drittletzten — Schrift liest. Der Kommunismus ist, wie wir wissen, sein Spezialstudium und wie definiert er diesen?

„Die Idee des Kommunismus... das ist eben das Prinzip des Kommunismus.“ Man glaube nur nicht, daß sei ein zufälliger Irrthum, der Herrn Bamberger wider Willen zufällig in die Feder fiel. Sagt er doch auf S. 18 noch viel tiefsinniger: „Die Kommunisten wollen die Erbschaften (I) der Reichen (II) und (III) unter Alle vertheilen“ und ein paar Zeilen später: „Der kommunistische Staat stellt die Gerechtigkeit durch Theilung her, und wenn diese consequent durchgeführt ist, kann er eigentlich selbst sich zur Ruhe begeben.“ Einen solchen Begriff hat Herr Bamberger vom Kommunismus. Welchen Begriff soll man darauf vom Ökonomen Bamberger haben?

Wir für unseren Theil haben einen solchen, daß wir für Zeit und Ewigkeit darauf Berzcht leisten, mit ihm über nationalökonomische Fragen zu diskutiren. Eine Erörterung über wissenschaftliche Dinge verleiht allen geistigen Anreiz und jeden Zweck, wenn sie sich vollkommener und dem Anschein nach unerbittlicher Ignoranz gegenüberstellt.

Mit dem Sozialpolitiker Bamberger werden sich dagegen, Dank seiner hervorragenden Stellung im öffentlichen Leben, unsere Wege noch oft kreuzen müssen, und so wollen wir denn auch noch mit einem Wort auf die anerkanntesten Bemerkungen Rücksicht nehmen, in denen er die Ergebnisse der Sozialpolitik seiner eigenen Richtung beiprucht: „Das Größte, was das Gesetz gethan hat für den Arbeiter, ist, ihm die Freiheit der Bewegung und der Koalition zu geben.“ sagt Herr Bamberger S. 28 fg. mit nicht geringer Empfange. Und doch sollte ein liberaler Politiker von nichts anderem mit so bescheidenen Zurückhaltung sprechen, als gerade von dem Koalitionsrecht. Wenn es ein Verdienst genannt werden muß, daß dasselbe, wenn auch mit allen möglichen, der Polizeihilfene Thür und Thor öffnenden Cauteleten, endlich in der Gewerbeordnung von 1869 gesetzlich fixirt worden ist, wie soll es beurtheilt werden, daß der Liberalismus in seiner Feigheit gegenüber einer starken Arbeiterbewegung dieses Recht wiederum preisgab? Und das geschah, wie männiglich bekannt, auf indirekte Weise zwar, aber so gründlich als es gewünscht werden konnte, durch das Sozialistengesetz. Unter diesen Umständen wird Herr Bamberger auch begreifen, daß wir bei weitem mehr Gewicht legen auf sein Verhalten und seine eifrige Mitwirkung bei der Einführung des Sozialistengesetzes, als auf seine letzten Abhandlungen über die Verlängerung desselben. Damals war seine Stellungnahme von der größten und unheilvollsten Bedeutung, gegenwärtig ist sie so irrelevant wie möglich.

Herr Bamberger ist bescheiden genug, nur die Zug- und Koalitionsfreiheit als Ceruzergeschäften der positiven Sozialpolitik des Liberalismus ausdrücklich anzuführen, vermute ich weil ihm die Reizung fehlt, mikroscopische Untersuchungen anzustellen, die schließlich allein das ganze Verdienst des Liberalismus auf diesem Felde darstellen könnten. Was er sonst noch anführt, sind die außerordentlich segensreichen Folgen, die das System der freien Konkurrenz den Arbeitern beschert haben soll. „Es ist nicht wahr“, sagt er S. 28, „daß unter der freien Entwicklung des Gewerbetreibens die Armut zugenommen, nur der Reiche gewonnen habe,“ und er beruft sich dabei auf ein Kleeblatt statistischer Autoritäten, wie es für den Kenner der Literatur charakteristischer nicht ausgewählt werden konnte. Soetbeer, Böhmert und Giffen, die mit ihren Fälschungen auf dem Gebiete der Einkommen- und Lohnstatistik viel härtere und entsetzender Strafen verdienten, als sie auf Rührerfüßchen gesetzt sind, erscheinen Herrn Bamberger gerade gut genug, um von ihm zur Stütze seiner Behauptungen aufgerufen zu werden.

Da Herr Bamberger uns leicht einer „tendenziösen“ Beurtheilung beschuldigen wird, so wollen wir ihn in besonderer Berücksichtigung seines großen Respekts vor nationalökonomischen Fachgelehrten in Betreff Soetbeer's und Böhmert's auf folgende Urtheile verweisen. In der „Zürcher Zeitschrift“ vom Jahre 1880, S. 164—175 findet sich eine ausnahmsweise ehrliche Beprechung, welche gerade die von Herrn Bamberger gerühmte Schrift Soetbeer's über „Ursprung und Vertheilung des Volkseinkommens“: „nicht nur nach ihren Resultaten, sondern auch nach ihrer betrügerischen Behandlung der Zahlen einer geradezu vernichtenden Kritik unterwirft; was Böhmert anlangt, so wird S. 18, 5. Heft der 1. Bandes der von Schmoller herausgegebenen „Staats- und sozialwissenschaftlichen Forschungen“ das Urtheil ratifizirt, wodurch in der Schrift „Herr Böhmert und seine Fälschungen“ die Art der Statistik des genannten würdigen Gelehrten an den Pranger gestellt worden ist. Was endlich Giffen angeht, so hat der standhafte Widerspruch, in den seine statistische Darstellung des „Fort-

Schritts der arbeitenden Klassen in den letzten 50 Jahren“ sich nicht nur mit den handgreiflichsten Thatfachen, sondern auch mit den Ergebnissen aller offiziellen englischen Enqueten der letzten Jahre verwickelt, den entrüstetsten Widerspruch hervorgerufen, und noch vor wenigen Wochen haben die „Times“ vom 28. April einer längeren Zuschrift Raum gegeben, deren Kritik es begreiflich macht, daß Herr Bamberger neben Soetbeer und Böhmert gerade Giffen den dritten in diesem edlen Bunde sein läßt.

Es ist auch oft genug gesagt worden, daß gerade das Gegentheil von dem wahr ist, was jene interessirten wissenschaftlichen Agenten der Bourgeoisie nachweisen wollen, und insbesondere die Einkommensteuerstatistik zeigt unumwiderprechlich, daß der Mittelstand von Tag zu Tag mehr zerbröckelt und der Gegensatz zwischen der wachsenden Armut des immer mehr anschwellenden Proletariats und dem ins Ungeheuerliche steigenden Reichtum einer stets geringer werdenden Zahl von Besitzenden in höchstem Fortschreiten begriffen ist. Freilich, Herr Bamberger behauptet S. 29: „Nicht bloß die Gewinntheile vertheilt sich zum Vortheil der Arbeiter und zu Lasten des Kapitals, auch die Last der Arbeit selbst. Die Reichen arbeiten heute viel mehr als vor hundert Jahren, und der Rückgang des Zinsfußes zwingt sie immer mehr, bei der Arbeit zu bleiben.“ Wer den Ökonomen Bamberger noch nicht kennt, dem können diese Worte leicht als ein frecher Hohn erscheinen auf die beklagenswerthe Nothlage der Arbeiter. Indessen sind sie sicherlich nur der Ausfluß einer grenzenlosen Unwissenheit. Auf den Versuch, Herrn Bamberger über seinen Irrthum zu belehren, verzichten wir, wie gesagt, gerne.

Wie sollte man einem nationalökonomischen Schriftsteller, der behauptet, das Theilchen sei das Prinzip des Kommunismus, begreiflich machen können, daß es heller Abend ist, unter dem System der Lohnarbeit von wachsenden „Gewinnanteilen“ der Arbeiter zu sprechen, und wie ihm zum Verständnis bringen, daß die Bewegung des Zinsfußes mit der Mehrwerthrate nichts zu thun hat! Nicht Herrn Bambergers, sondern unsern Leser wegen seien darum zum Schluß die folgenden Sätze aus Engels' „Zur Wohnungsfrage“, I. S. 18 fg. hier wiedergegeben: „Der Zins des ausgeliehenen Geldkapitals ist nur ein Theil der Profits; der Profit, sei es des industriellen, sei es des Handelskapitals, ist nur ein Theil des in Gestalt von unbezahlter Arbeit der Arbeiterklasse durch die Kapitalistenklasse abgenommenen Mehrwerths. Die ökonomischen Gesetze, die den Zinsfuß regeln, sind von denen, die die Rate des Mehrwerths regeln, so unabhängig, wie dies überhaupt zwischen Gesetzen einer und derselben Gesellschaftsform stattfinden kann. Das aber die Vertheilung dieses Mehrwerths unter die einzelnen Kapitalisten angeht, so ist klar, daß für Industrielle und Kaufleute, die viel von anderen Kapitalisten vorgekauftenes Kapital in ihrem Geschäft haben, die Rate ihres Profits in demselben Maß steigen muß, wie — wenn alle anderen Umstände gleich bleiben — der Zinsfuß fällt. Die Herabdrückung und schließlich Abschaffung des Zinsfußes würde also keineswegs die sogenannte „Produktivität des Kapitals“ wirklich, bei den Hörmern fassen“, sondern nur die Vertheilung des der Arbeiterklasse abgenommenen unbezahlten Mehrwerths unter die einzelnen Kapitalisten anders regeln, und nicht dem Arbeiter gegenüber dem industriellen Kapitalisten, sondern dem industriellen Kapitalisten gegenüber dem Rentier einen Vortheil sichern.“ H. B.-n.

### Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 30. Juni 1886.

Der Nachweis der Abgeschmacktheit des Königthums und der königlichen Würde hätte nicht geländlicher sein können, als er durch Ludwig von Bayern bei seinen Leiden und nach seinem Tod, zum Theil auch noch bei seinen Lebzeiten durch die Hölzlinge und Rindler (beiläufig zwei untrennbare Begriffe), besorgt worden ist, und durch letztere noch fortwährend besorgt wird.

Heutzutage, wo unsere Regierungen und Regierungsparteien von jedem Nachwächter einen Befähigungsnachweis verlangen, ist die Thatsache besonders interessant, daß für einen königlichen geistige „Befähigung“ vollkommen überflüssig ist. Daß Könige auf dem Throne in Irrsinn verfallen, haben wir schon öfters erlebt; daß aber ein seit einem Jahrzehnt notorisch Irresinniger, dessen Irrsinn amtlich festgestellt ist, auf den Thron gesetzt und zum König ausgerufen wird, wie das mit dem Nachfolger des wahnsinnigen Ludwig — von dem der Rindler Luz am 26. Juni in der bayerischen Kammer erklärte, daß die „einseitige Aufschauung besteht, daß seine Geisteskrankheit schon vor der Thronbesteigung haben und in fernerer Zeit ihre Entwicklung gehabt habe“, der daher ebenfalls nicht einmal als Nachwächter hätte angestellt werden dürfen — jetzt geschehen ist, das dürfte noch nicht dagewesen sein, und ist ein wahrhaft vernichtendes Pasquill auf das Königthum und die königliche Würde. Die Revill und Regierungsbücher fühlen dies auch so lebhaft, daß zum Beispiel die „Königliche Zeitung“ eine tolle Proklamation, die der tolle Ludwig kurz vor der Katastrophe erlassen, schankweg den Sozialdemokraten an die Köpfe gehängt hat. Die Franzosen nennen das: donner change — den Wechsel geben, auf eine andere und falsche Spur bringen.

Die Rüge wurde sofort von der gesammten Reptilienpresse geflüchtig kolportirt. Und nicht nur von ihr. Die sehr anhängliche „Neue Zürcher Zeitung“, die sich erst kürzlich in einer Polemik mit der Richter'schen „Freisinnigen Zeitung“ so entschieden den Verdacht irgend welcher Beziehungen zum preussischen Reichsbureau verwarht hat, griff sie ebenfalls auf und hat trotz aller Dementi's bis heute noch keine Gelegenheit gefunden, die sehr unangenehme Unterstellung und die daran geknüpften Rationnements zurückzunehmen.

Von den Uebervorzugs- und anderen abnormen Liebhabereien des todtten Königs von Gottesgnaden sei nur nebenher die Rede — wir wissen, daß solche Liebhabereien in diesen Kreisen nicht selten sind. Die Korruption der Sitten hängt mit der Korruption des Blutes zusammen, die eine Eigenthümlichkeit aller sogenannten „alten Geschlechter“ — der adligen patrischen und fürstlichen — ist und sich theils aus der famosen „Inzucht“ theils aus der jeder privilegierten Stellung natürlich entspringenden Demoralisation erklärt. Bei Suzeton ist das Alles recht hübsch zu finden. Die Libertus, Nero, Kalligula sind Typen, die unter ähnlichen Bedingungen stets wiederkehren. Der König von Gottesgnaden, der neulich als Rörder und Selbstmörder endete, war nur ein Opfer seiner Geburt und seiner absoluten Macht. Und ein größlicher Witz der Weltgeschichte ist es, daß dieser tolle König von Gottesgnaden eine Räuberbande zur Ermordung und Plünderung von Bankiers organisierten wollte. Da hätte also Noth wirklich Schule gemacht — auf einem Thron! Ein König von Gottesgnaden Anarchist! Hofflicher Oberherr — das ist das non plus ultra von Beweisführung für die Abgeschmacktheit des Königthums von Gottes Gnaden und — der anarchischen Räuberromanik. —

\*) Worüber in nächster Nummer mehr.



— Wie sollte aber dem wahnsinnigen König „von Gottes Gnaden“ die Vorstellung kommen, daß ihm die Bildung von Räuberbanden nicht gestattet sei, da er doch ungekrönt nicht nur die Gesundheit, sondern auch das Leben seiner Angehörigen aufs Spiel setzen dürfte? Von den unerhörten Dingen, die er in seiner „Einsamkeit“ angefaßt, wird der größte Theil gefesselt geblieben gehalten, aber aus dem, was bekannt geworden, geht hervor, daß zwei Menschen direkt der ungelügten Laune des Wahnsinnigen zum Opfer gefallen sind: der Diener, der die für den König erfindene Flugmaschine probieren mußte und erschmettert zur Erde fiel, und der Diener, der sich nach des Königs Meinung nicht tief genug verbeugt hatte, und den er erst „immer tiefer bücken“ ließ, dann aber durch einen Fußtritt auf den Rücken so heftig zu Boden schleuderte, daß dem armen Teufel die Kinnlade zer splittert wurde und er wenige Tage darauf nach gräßlichen Schmerzen starb. Dieses freche Spiel mit Menschenleben dot nach Herrn Luz und Konsorten keinerlei Veranlassung zum Einschreiten; wahrscheinlich waren das auch nur „Absonderlichkeiten“, wie sie bei andern Persönlichkeiten auch vorkommen, „ohne daß mit Zwang gegen sie vorgegangen werden will.“

Er durfte ungehindert Todtschlag verüben, ohne daß er der Fähigkeit, König eines sogenannten Verfassungs- und Rechtsstaats zu sein, verlustig gegangen wäre, erst als er sich bei dem mysteriösen Anlebensversuch den Orleans gegenüber zu einer Politik verpflichten wollte, die, wenn durchführbar, darauf hinausgelaufen wäre, das Leben seiner Unterthanen zu schonen, erst da wurde er der Regierungsfähigkeit für verlustig erklärt. Wo er schaden konnte, ließ man ihn gewähren, der erste Schritt nach der Seite hin, wo er nicht schaden konnte, — denn der geplante Vertrag war unbefugbar — kostete ihn seinen Thron. In der That, wäre er nicht schon verrückt gewesen, er hätte darüber verrückt werden können.

— Sehr wahr! Wahrheit und Gerechtigkeit auch dem Gegner gegenüber. In seiner Rede, mit der Herr Luz in der bayerischen Kammer sein nicht zu rechtfertigendes Ignoriren des notorischen Wahnsinns Ludwigs II. zu rechtfertigen versuchte, hat er einen Auspruch gethan, den wir nur unterschreiben können. Er sagte (laut Bericht der „Allgemeinen Zeitung“): „Seine Majestät ist mit 18 Jahren auf den Thron gekommen und hat außerordentlich viel Schmeichelei gefunden. Was der Eine nicht statthaft fand, das hat der Andere ohne Widerspruch vollzogen. So ist Seine Majestät in dem Glauben, daß seine Macht keine Grenze hatte, tiefer und tiefer gesunken.“

Die Richtigkeit dieses Satzes wird Niemand bestreiten. Aber was nützt alle Erkenntniß, wenn sie nicht dazu führt, die sich aus derselben ergebenden Konsequenzen zu ziehen? Treffen die obigen Sätze nicht auf alle Gottesgnadenreicher zu? Finden sie nicht alle von Jugend auf außerordentlich viel Schmeichelei, sind sie nicht alle von Subjekten umgeben, die ihre leisesten Wünsche zu errathen und auszuführen beflissen sind, und ihnen den Glauben erwecken, daß ihre Macht „keine Grenze habe“? Man schaue sich doch nur ein wenig unter den übrigen Regierenden und ihrem Nachwuchs um. Welcher unverhältnismäßige Procentsatz von hoffnungslosen Idioten! Was ein, wenn auch einseitiger, so doch meist wenigstens sorgfältig betriebener Unterricht gut machen könnte, wird durch das Unwahre und Unnatürliche ihrer Stellung von früh auf doppelt und dreifach verborben. Von Jugend auf wird ihr Blick naturgemäß auf das Allgemeine gerichtet, und doch werden sie die bornirtesten Patrone, man spickt sie förmlich mit den erhabensten Lehren der Moral, und sie werden die rohesten, brutalsten Gemüthsmenschen.

In der konservativen „Schlesischen Zeitung“ wird darauf hingewiesen, daß an der erblichen Erbschaftsordnung die Forderung, die Eheverbindung unter Verwandten, wie sie in den Regentenhäusern üblich ist, ihren Antheil hat, und daß diese höheren Geschlechter im Laufe einer gewissen Zeit aussterben müssen, wenn nicht frisches Blut aus Volkskreisen, die der Natur näher stehen als der Kultur, in sie eingeführt wird. Wir akzeptiren dieses, beiläufig recht grobmaterialistische Urtheil, meinen aber, daß wenn es bloß auf Einführen von „frischem Blut aus Volkskreisen“ ankäme, dann die Gesundheit in jenen Kreisen nichts zu wünschen übrig lassen müßte, denn Kutscher, Soldaten, Lakaien u. s. w. kommen gewöhnlich vom Lande, von den Ammen ganz abgesehen. Körperlich sind die Herrschaften ja in der Regel auch so kräftig, wie man es nur wünschen mag — Ludwig II. z. B. war ein wahrer Hüne — aber es scheint, daß selbst das frische Kutscherblut gegen die Vererbung geistiger Störungen nicht auskommen kann. Es bleiben ja die Faktoren, welche diese Verimpfung züchten.

Uebrigens gilt, was hier von dem Gottesgnadenthum gesagt ist, mehr oder minder von allen, unter Ausnahmeverhältnissen lebenden Kreisen. Die Ausschließlichkeit des Blutes züchtet überall eine gewisse Idiotie, ob es sich um Fürsten, um gewöhnliche Adlige, um Finanzdynastien (die Juggler, die Rothschild u. s. w.) oder um Bauerndynastien handelt. Und was außergewöhnliche Nachstellungen in Punkt geistiger Zerrüttung fertig bringt, das brauchen wir in der Kera Bismarck nicht erst näher auszuführen.

Um nun zum Ausgangspunkt zurückzukommen, so fragen wir nur noch die Bereiter des Gottesgnadenthums: Welches Prognostikon ist nach den Worten des Herrn Luz dem die Wunden beschmutzenden König Ludwigs XIII. von Spanien zu stellen, dieser höchsten Sonne der — deutschen Nationalliberalen?

— „Daß der rothe Meyer, der Frankfurter Kirchhofs-Attentäter, nicht bloß begnadigt worden ist, sondern auch Abancement und eine Extra-Gehaltszulage empfangen hat, wird von der Presse

in der üblichen Weise kommentirt. „Unerhört! Unmöglich!“ zeteren die nationalliberalen Blätter verächtlich wegsehen, und die Konservationen, ohne sich zu schämen, Bravo! rufen.

„Unerhört! Unmöglich!“ Was denn? Daß ein Hallunke, der eine Niederlegung des „strophulösen Gefindels“, genannt Bolt, und der schwärzesten aller Verbrechen, genannt Sozialdemokrat, organisiren wollte, von den heutigen Nachbarn verehrt, geliebt und einer besonderen Auszeichnung und Belohnung würdig erachtet wird — das soll „unerhört“, das soll „unmöglich“ sein? Wunderbare Selbsttäuschung! Das Gegentheil wäre „unerhört“, wäre „unmöglich“! Man denke sich: Wahl-Jahrgang auf 10 Jahre ins Zuchthaus gesteckt; Fürst Bismarck als Urheber des zum Bürgerkrieg reichenden Sozialistengesetzes auf die Kankelbank gesetzt und obendrein vom Fiskus auf Herausgabe des Otopfenmies verurteilt; Puttkamer, der moralische Urheber der Schutereien eines Wahl-Jahrgang und Meyer desgleichen auf die Kankelbank gesetzt, — würden wir nicht ausrufen: „Unerhört! Unmöglich!“? Und das wäre es allerdings. Wie der Herr, so der Knecht.

Der Frankfurter Kirchhofs-Meyer hat bloß gethan, was seine Chefs ihm befohlen — für den Kangel an Geschäftlichkeit entschädigt der Ueberfluß an Eifer — ein so gefügiges Werkzeug, das selbst an das Gefängniß oder Zuchthaus anstreift, um nur richtig im Geiste seines „Chefs“ zu handeln, darf man nicht wegwerfen, nicht einem anderen Kappel ungenügend eingeschulter Richter opfern, das wäre eine riesige Thorheit! Nein! man muß das nützliche Werkzeug aufs sorgfältigste hegen und pflegen, denn man weiß nicht, wie bald man es wieder braucht.

Einige der Blätter, die „unerhört“, „unmöglich“ riefen, verweisen dabei sogar auf die Begnadigung eines Lindenberg und anderer Polizeischuße aus den Jahren der „schwarzesten“ Reaction, d. h. aus der ersten Hälfte der 50er Jahre. Jetzt, so meinten sie, könne so etwas doch nicht vorkommen. Jetzt nicht? Seid Ihr Herren denn blind? Schaut nur um Euch! Aber nicht unter Euren Partei- und Klassen-geoffen. Ihr Herren Bourgeois-Demokraten und Bourgeois-Fortschrittlere habt freilich gut reden. Ihr seid heute aus dem Spiel. Damals war es eure Klasse, eure Partei, die unterdrückt und verfolgt wurde. Heute ist es die unfreie. Und was ist die Unterdrückung von damals verglichen mit der Unterdrückung von heute? Auf jeden Polizeischuß von damals kamen heute hunderte; auf jeden politischen Prozeß von damals kamen heute Dutzende, und auf jede gehetzte, zerstörte Existenz von damals kamen heute tausend. Die „schwarzeste Reaction“ von damals war schneeweiß, verglichen mit der Schandwirthschaft von heute; und der alte Mantel und Westpansen würden sich als wahre Stümper vorfinden neben den Helmen der Kera Horch, Kumpff, Wahlow-Jhring, Stöder und Konsorten.

Wird man die Prozesse aus damaliger Zeit, liest man z. B. die Geschichte der Königsberger Skandale, wie Waldrode sie schildert, so können wir Sozialdemokraten — namentlich die von der jüngeren Generation — und um Glück sind das meistens — so können wir kaum begreifen, wie derartige Verurtheilungen einen so gewaltigen Ärger machen konnten. Jeder Tag liefert heute Rehnliches und Schlimmeres. Die Korruption, die Unterdrückung, die Verfolgung ist etwas Alltägliches geworden. Man ist daran gewöhnt. Und — es sind ja mit verschwindenden Ausnahmen bloß arme Teufel, bloß Proletarier, die heute betroffen werden — nicht wie damals wohlthürige Bourgeois, Mitglieder der, zwar politisch bestiegten, aber ökonomisch bereits zur Herrschaft gelangten Klasse. Das ist ein wesentlicher Unterschied.

Die Presse ist heutzutage, soweit sie nicht gouvernemental und kirchlich ist, in den Händen der Bourgeoisie. Was liegt einem behäbigen Bourgeois daran, daß arme Teufel von Proletariern ihrer persönlichen Freiheit beraubt, maltrairirt, zu Grunde gerichtet werden? Kein Hahn trägt nach den Habentibus. Der Schandprozeß, der sich soeben in München abspielt, ist von der bürgerlichen Presse vollständig ignorirt worden. Welchen Ärger hätte sie erhaben, wenn die Angeklagten Fortschrittler oder Rationalisten gewesen wären, und es sich um die Waplorganisation der Fortschrittler oder Nationalliberalen gehandelt hätte?

Genug, der Frankfurter Kirchhofs-Meyer hat Gehaltszulage, und das Gericht, welches ihn brandmarkte, eine Rasse bekommen. Das ist der Lauf der Welt in der besten der Welten. Der Frankfurter Meyer wird sich für die Gehaltszulage erkenntlich zeigen, indem er die Scharte vom vorigen Sommer ausweht und die Frankfurter Richter werden sich die Rasse zu Gemüth ziehen, und solche Dummheiten für die Zukunft vermeiden.

— Das Reichsgericht wird sich im Laufe des November mit den Dänen-Prozessen beschäftigen und zwar kommt Hasenclever zu erst an die Reihe, der also gewissermaßen Versuchsojekt der deutschen Reichsjustiz wird. Die Sache ist sehr knifflig, und die Richter zweiter Instanz haben sich das Beurtheilen auf Bismarck'sches Kommando so leicht gemacht, daß die Herren vom Reichsgericht sich tüchtig anstrengen müssen, wenn der biedere Fiskus vor einem bitteren Mißerfolg und Bismarck vor einer kolossalen Niederlage und noch kolossaleren Blamage bewahrt werden sollen. Da gilt es genau zu überlegen, scharfsinnig auszuliegen, klug einzusehen, tapfer unterzulegen; und das ist keine Kleinigkeit, wo Recht und Unrecht so sonnenklar vor aller Welt Augen ausgebreitet sind. Nun, je schwieriger die Aufgabe, desto größer der Ruhm, desto größer der Lohn. Und das Reichsgericht steht auf der Höhe der Situation. Es wird eine Formel finden, durch die Bismarck'sches Recht und der biedere Fiskus Geld erhält, — wenigstens auf dem Papier.

archischen Prinzips, den Gnadenstöß aber gibt dem Monarchismus der Tolle von Fürstentum.

Ein Karr wird entthront, damit ein Kaiser der inthronisiert wird. Ludwig der Wittelsbacher erschlägt seinen Arzt und tötet sich selbst, ein brillanter Beleg für seine Krankheit.

Paranoia, Verrücktheit, das bedeutet nur die verkehrte Willens- und Gedankenrichtung.

Erregt wird sie durch die allgemeine fortschreitende Gehirnverwischung (dementia paralytica progressiva), die Paralyse, an der, wie wir schon 1884 nachwiesen, Ludwig II. gelitten hat.

Wie lange wird Otto I. noch fortübend regieren oder fortregierend toben?

Das ist der Wahnsinn der Majestät, die Majestät des Wahnsinns. Densiterna ist überholt. Bayern zeigt, daß überhaupt ohne Verstand regiert werden kann.

In Nr. 8 des Jahrgangs 1884 schreiben wir:

„Wenn Ludwig vernünftig wäre, würde er sicher ob dieser Nacht des Kapitalismus Sozialist.“

Er war aber verrückt, und deshalb beehrte er sich, in seiner Ohnmacht gegenüber den Kapitalmagnaten, zum Rost'schen Anarchismus. Es steht fest, daß er seine Lakaien aufgebort hat, eine Räuberbande zu bilden, um bei den größten Bankiers in München, Berlin, Frankfurt am Main und Wien Einbrüche auszuführen.

Also nach dem berühmten Muster der Rost, Rumiß, Stellmacher, Kammerer. Noch heute ist der Dieb in der Münchener Residenz nicht entdeckt: der unter Anklage gestellte Hoffourier Schmidt wurde vom Landgericht freigesprochen!

Haben vielleicht Alchymisten, Ludwig II., Pfalzgraf bei Rhein, hier die Hände im Spiel gehabt?

Die Prämissen dazu sind gegeben.

Wer die beiden Münchener Postdiebstähle ausgeführt — es handelt sich dabei um Hunderttausende —, das weiß bis heute die Polizei noch nicht? — — —

Freiheit von Pechmann, wir fragen Sie, Sie pflichtiger Polizeichef: hat vielleicht Ludwig der Bärenstark das Geheimniß dieser zwei Einbrüche mit sich in den Starnberger See hinausgenommen?

Die Regierung dieses Königs war ein Hohn auf das Gesetz, war ein Verbrechen gegen die Verfassung. Die Minister sind Hochverräther, sind nicht bloß die Mitschuldigen, sondern sie sind die Haupt-schuldigen!

Aber freilich, es sitzt sich weich in den Ministersejeln, man bereichert sich rasch, man schafft ein treffliches System der Betriewirthschaft, man quittirt dankend die preussischen „Tringelder“.

— Ein schöner Wahn scheint die Gründer der sogenannten Arbeiterbildungsvereine oder Arbeiterfortbildungsvereine zu befeelen, die nach dem Sozialistengesetz wie Blitze aus der Erde geschossen sind. Wir sagen, scheint, denn wir wissen nicht genau, ob die Herren auch wirklich glauben, was sie uns vorreden. Durch diese Vereine sollen bekanntlich die Arbeiter der bösen Sozialdemokratie aus den Klauen gerissen werden. Und jetzt behaupten die Leute, dieses Ziel sei auch erreicht worden. In dem letzten Bericht des sächsischen Landesverbandes der (reaktionären) Arbeiterbildungsvereine heißt es wörtlich (S. das „Leipziger Tageblatt“ vom 20. Juni d. J.):

„Wir behaupten nicht zu viel, wenn wir sagen, daß besonders die Bildungsvereine der Sozialdemokratie Boden einzunehmen, und wenn man weiß, daß mit dem Bildungselement eng verbunden ist die Verfolgung gemeinnütziger Bestrebungen, die Sorge für das Wohl des Volkes, dann ist es auch unzulässig, daß unsere auf dem Boden religiös-sittlicher Gesinnung und treuer Liebe zum Vaterlande stehenden Volksbildungsvereine, und insbesondere der sächsische Landesverband dieser Vereine, hülfsreicher Mitarbeit und fortgesetzter Unterstützung würdig und werth sind.“

Wir wollen das Beilegeheißt, auf welches es nach der Schlussphrasen abgesehen ist, durchaus nicht fördern, das aber wissen wir von den reaktionären Herren Vereinsgründern und Vereinsleitern sagen: sie täuschen sich sehr, wenn sie glauben, daß sie durch ihre Bildungsvereine uns „den Boden entziehen“. Wir sind im Gegentheil mit der Thätigkeit dieser Vereine so hochlich zufrieden, daß wir unsern Parteigenossen wiederholt den Rath gegeben haben, solchen Vereinen beizutreten, und sich dieselben nach Möglichkeit dienstbar zu machen.

Wir unsere reaktionäre Volksschule und unsere reaktionären Akademien, Gymnasien und Universitäten neben dem geist- und gesinnungsstöbenden Gift, das sie zu verabreichen haben, doch auch wieder eine Rasse wirklichen Wissens und nützlicher, ja nothwendiger Kenntnisse mittheilen, so wird in den meisten dieser „Bildungsvereine“, neben dem servilen Schund, vermittelt dessen man dort die Arbeiter zu verdammen und so korrumpiren sucht, doch auch Wissenswerthes gelehrt, das unseren Genossen nur frommen kann, und ihnen Waffen für den großen Emanzipationskampf der Arbeiterklasse liefert. Und durch das, in seinen Grundzügen so leicht verständliche, und, wenn einmal verstanden, nie wieder zu vergessende, sozialdemokratische Programm ist jeder Arbeiter gegen das reaktionäre Bourgeois, Pfaffen- und Polizeigift ebenso wirksam gewehrt, wie weiland der göttliche Dulder Olyfhus durch das Rauberkraut Woly gegen die Drogenkämpfe der häßlichen Circe. Also je mehr Bildungsvereine, desto besser. Mit den Bildungsvereinen, durch welche die Arbeiter geistig unterworfen werden sollen, erreicht die Bourgeoisie genau dasselbe wie mit den Gewerksvereinen, durch welche die Arbeiter im Bourgeoisinteresse organisiert werden sollten: sie erzücht Sozialdemokraten.

— Im Londoner „Sozialist“ lesen wir am Schluß einer Besprechung der neuesten Chikanen der deutschen Polizei gegen die Arbeiterbewegung: „Es scheint, als ob die Bismarck'sche deutsche Regierung fühlt, daß das Spiel zu Ende geht, und nun einen vorzeitigen Aufstand zu provoziren versucht, da sie sich noch für stark genug hält, ihn in Blau zu erstickern. Das erklärt auch die eigenthümliche Haltung Deutschlands gegenüber den jüngsten Vorgängen im Orient. Bismarck wünscht in keine internationale Vermittlungen hineingezogen zu werden, wenn ein Mißerfolg oder eine Niederlage zum Signal für einen Aufstand in Deutschland selbst werden kann. Hoffen wir, daß unsere deutschen Genossen den Kopf kühl und das Pulver trocken halten und nicht eher den Kampf aufnehmen, als bis sie begründete Aussicht auf Sieg haben.“

Nun, was das „kühlen Kopf u. behalten“ anbelangt, so dürfen die Genossen vom „Sozialist“ beruhigt sein, in dieser Beziehung wird ihrer Hoffnung nicht zu schanden werden. Auch was da von der Rückwärts- und der inneren Verhältnisse in Deutschland auf die auswärtige Politik Bismarck's gesagt wird, ist nicht unbegründet. Zweifelslos ist die Möglichkeit einer revolutionären Erhebung ein Faktor, der bei allen politischen Kombinationen in Frage gezogen wird. Man darf nicht vergessen, daß wenn es heute zwischen den europäischen Großmächten zum Krieg kommt, dieser ein sehr hartnäckiger und darum um so gefährlicher für den eigenen Bestand derselben werden kann. Ihnen allen ist die Revolution in irgend einer Gestalt im Rücken, und weil sie das wissen, so riskirt keine von ihnen den Anfang. Wer weiß, ob es nicht schon längst zum Krieg zwischen Deutschland und Frankreich gekommen wäre, wenn sich die Hunderttausende von Sozialdemokraten hätten einfach wegdekretiren lassen. So aber haben sich Bismarck oder Wilhelm schließlich doch immer wieder eines Besseren besonnen und das Schwert wieder in die Scheide gesteckt; denn daß es nicht aus idealer Friedensschwärmerei geschieht, liegt auf der Hand. Auf diese Art wäre es die Sozialdemokratie, welche durch ihr bloßes Dasein den Frieden verbürgte, und fürwahr, wir nehmen die Verantwortung dafür gern auf uns.

— „Goldene Worte für unsere Richter“. Unter dieser Epithete veröffentlicht die „Berliner Volkszeitung“ nachstehenden Auszug aus einem Gerichtserkenntniß:

„Ob die politische Ansicht des Angeklagten eine begründete ist, hierüber zu urtheilen, geziemt dem Richter nicht. Prinzipienfragen der Politik, Grundzüge des öffentlichen Wohls, Erörterungen über Gebiegenheit und Verwerflichkeit von Staatseinrichtungen und Verfassung können nicht Gegenstand richterlicher Entscheidung werden. Erörterungen dieser Art gehören einem Gebiete an, von dem richterliche Wirksamkeit ausgeschlossen ist und deshalb sich fern halten muß. Die Meinung als solche ist kein Verbrechen.“

Die Feilich, die Luz sind die Agenten der Hohenzollern, nicht die einzigen in Bayern, aber die thätigsten, die mächtigsten, die einflußreichsten.

Zwei Tage vor Ludwig's Tod standen 33 Sozialdemokraten vor dem Münchener Landgericht wegen „Geheimhändelei“. Sie sind — freilich schon im Namen Otto des Tollens — zum größeren Theile zu Gefängniß verurtheilt worden, obwohl kein Beweis gegen sie erbracht war, obwohl nur Polizeizugehen und Polizeagenten „Belastungsmaterial“ zusammensabulirt hatten.

Nun, der König hat auch einen „Geheimbund“, eine „Koalition“, zur Kontrolle der Volkshimmung, gründen wollen, er hat sich eines Vergehens gegen den § 128 des Strafgesetzbuches schuldig zu machen wenigstens versucht.

Der Minister v. Luz, der Streber, dessen Vater als armer Volksschullehrer amirte, während der Sohn Minister war, sagt mit eifernem Strome im Reichsrath, daß er ein reines Gewissen hat.

Nur zu, ihr Herren, ihr säet eine Saat des Hasses, die uns ein herrliches Ernte bringt.

Im Volke gähnt es, die Unklarheit und Verwirrenheit wird immer mehr schwinden und dem Bewußtsein Platz machen, daß es so nicht weitergehen kann.

Die Lutzpold, die Luz, die Craillsheim graben sich ihr eigenes Grab.

Sie schließen Besche in das Prinzip der Monarchie, sie reihen ein neues Loch in den fadenheimigerthümlichen Mantel der Legitimität. Und Otto der Barzines ist ihr Lehrmeister.

Das sind die Agitatoren der Sozialdemokratie, die sich von Arbeitergroßen mästen.

Aber sie agiren gut, so gut, daß ihre Herrlichkeit bald zu Ende geht, bald zu Ende gehen muß!

Bayerisches, deutsches Volk, Proletarier überall, noch seid Ihr die Zuschauer bei dieser königlichen Tragikomödie.

Mit vernichtender Ironie reißt deren Dichter — die Weltgeschichte — dem parasitischen Renommistenspad den Füllterrand von Leide, zerklüftet sie die thönernen Kothurne, zeigt in Irren, Schmutzverbrechern, in ihrer ganzen feigen Erdarmlichkeit den modernen Klassenstaat, das Königthum sans phrase.

Und die Fabel dieses Stücks?

Hoch die Republik!

Es lebe die Sozialdemokratie!

Bayruarier.

## Feuilleton.

### Das Haus Wittelsbach.

(Ein Beitrag zur Naturgeschichte der Könige.)

III.

Nach der Katastrophe. Epilog.

Spät kommen wir zu unserem Recht, aber wir kommen doch dazu. Vor mehr als zwei Jahren haben wir, als die Erben, in diesem Blatte Ludwig II. von Bayern so gekennzeichnet, sein Leiden so geschildert, wie heute die offizielle und die Regierungspresse, die Minister und die Kammer es endlich gewonnenermaßen auch thun.

Vor zwei Jahren recherchierte die Münchener politische Polizei in Zürich nach dem Uebelthäter, der diese „Majestätbeleidigungen“ in die Welt gesetzt. Man inserirte eine Haß gegen uns. Und heute?

Heute, 1886, wird amtlich Wort für Wort das Bekannte, was wir 1884 im „Sozialdemokrat“ geschrieben haben.

Die Berliner „Volkszeitung“ hat den Rath, dies anzuerkennen und auf unsere Mittheilungen hin Angriffe gegen das Ministerium Luz zu bestreuen.

Optimistische Täuschung idealer Schwärmer, zu glauben, daß diese Luz, Feilich u. tuii quanti gehen werden!

Der König fiel, fiel in dem Augenblick, als das Ministerium sich so besetzt hatte, daß der Ansturm der öffentlichen Meinung es nicht wegzufegen vermag.

Diese „öffentliche Meinung“! Kann des Volkes Wille in einem Landtag zur Geltung kommen, der auf dem Sensus beruht?

Die Mörder des Königs und des genialen Subden sind das Ministerium Luz und seine Helfershelfer, der ganze Chorus des häßlichen Schmarotzerthums.

Ludwig der Paralytiker hat Jahrzehnte lang regiert als Geisteskranker. Krank schon damals, als er dem Kartätschenprinzen die deutsche Kaiserkrone anbot.

Anbot, weil er dazu genöthigt wurde.

In nicht zerrinn der ganze Mythos dieser „That“, die ein Stück Deutschland zum Nationalzuchthaus gemacht und ihm eine gemeinsame Peinliche verliehen hat.

Der Wahnsinn Ludwigs II. ist ein Stoß ins Herz des mon-

\*) Vergleich Nr. 8 und 35 des Jahrgangs 1884.



die kann nur strafbar werden durch die Form, in welcher sie in die Öffentlichkeit tritt und durch die Absicht, die bei der Veröffentlichung vorliegt. Vorwurf richtiger Entscheidung kann daher auch nur die Absicht werden — und je schwieriger es ist, den Inhalt hierbei zu sondern, um so strenger wird für den Richter die Verpflichtung sein, sich selbst zu überwinden, damit die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit seines Urtheils vor dem Einfluß seiner eigenen Ueberzeugung gewahrt werde.

Recht schön, ohne Zweifel. Bloß schade, daß es schon lange her ist, seit ein deutscher und obenrein ein preussischer Gerichtshof sich zur Bekämpfung so schöner Grundfälle aufgeschwungen hat. Das Erkenntnis, dem der Passus entnommen ist, datirt nämlich aus dem Jahre 1841, und wurde vom damaligen höchsten Gerichtshof Preussens, dem Appellat des Kammergerichts, in dem Prozesse gefaßt, der gegen Johann Jakob wegen seines berühmten „Dier Fragen“ angehängt worden war und in der ersten Instanz zu einer schweren Verurteilung (2 1/2 Jahre Festung) geführt hatte. Wie gesagt, es ist schon lange her, und fällt in die gute alte vormärzliche Zeit, wo der moderne Klassenhaß noch in den Windeln lag und die Klasseninteressen, die heute alles beherrschen und das „Recht“ und den „Rechtsstaat“ zu einem überwindenen Standpunkt gemacht haben, erst im embryonischen Zustande vorhanden waren. Heutzutage geben unsere Richter sich mit derlei transzendenten und ideologischen Thorheiten nicht ab, und würden den schlicht dresfirten Kollegen auslachen, der ihnen solch „goldene Worte“ jurist oder sie ihnen gar zur Kaufnahme in ein Erkenntnis anempfehlen würde.

Mit den „goldenen Worten“ für Richter verhält es sich ganz ebenso wie mit den „goldenen Worten“ für Staatsanwälte, die die und da als Märchen aus alten Zeiten auftauchen. Anlässlich des bekannten „Müllers“ in jene primitiven Anschauungen, den der sächsische Generalstaatsanwalt Held erstirbt, sprach er uns schon über diesen Punkt aus. Die „goldenen Worte“ des Herrn Held verursachten einigen naïv-sentimentalen Leuten einiges naïv-sentimentale Entsetzen, drangen aber natürlich in keine staatsanwaltschaftlichen Ohren und sollten es auch nicht. Herr Held ist ein Staatsanwalt wie jeder andere, der nur einmal sein schwaches Stündchen gehabt, wie das ja Jedem passieren kann. Rein, die Justiz in heutigen Klassenstaat ist nur die Dienerin des Klassenstaates und der herrschenden Interessen, und Richter und Staatsanwälte sind bloß dazu da, den Klassenstaat und die herrschenden Klasseninteressen zu beschützen.

— Sozialreformatorisches. Aus Berlin sind weiterhin ausgemessen worden: der Vorsitzende der Lohnkommission der Typsetzerei, der sich nicht dazu hatte misbrauchen lassen, gegen den in die Spring-Nachlass-Affäre verwickelten Schreiner Boblewicz als Kronzeuge aufzutreten, hat die Polizei obendrein sofort die ihm gebührende Wirthschaft schließen und die Firma übermalen lassen, so daß auch die Frau und die Familie des Mannes außer Existenz gesetzt worden sind. — Verbote wurden folgende drei, auf Montag den 21. Juni einberufenen Versammlungen: 1) öffentliche Versammlung der Arbeiter aller Branchen (Berlin und Umgebung), Tagesordnung: Wahl einer Interessenkommission; Verschiedenes und Fragekasten; Vortrag des Herrn Wegner; Diskussion. 2) Versammlung des Fachvereins der Tischler. Tagesordnung: Vortrag des Dr. med. Weise über moderne Wundbehandlung; Antrag eines Mitgliedes um Gewährung des Rechtschutzes. Die Versammlung des Unterstützungsvereins der Schuhmacher, sowie eine auf den 24. Juni einberufene Versammlung der Berliner Papierarbeiter und eine auf den 25. Juni einberufene öffentliche Schuhmacherverammlung mit der Tagesordnung: Das Herbergwesen in Berlin und die Nothwendigkeit einer Reform desselben.

Somit über die Thätigkeit des Herrn von Richterhofen. Im übrigen Deutschland wurden verboten: Am 18. Juni eine Versammlung in Gera, in der Frau Guillaume-Schad über die Lage der Arbeiterinnen sprechen sollte, eine Frauerversammlung in Ragdeburg, eine Raurerverammlung in Frankfurt a. Main, in der der Abg. Frohme über den Einfluß der modernen Produktionsweise auf die Arbeitsgeschicklichkeit referiren sollte, in Weisenfels (Pommern) eine Versammlung, in der Abg. Wiersä über die soziale Frage referiren sollte! — (Wird fortgesetzt.)

— Ein Muster-Ausbeutungs-Institut, schreibt man uns, ist die „Wesfälische Union“, Abtheilung nach a. d. Enne, Eisen und Blechwerk. Wie weit hier die Menschenkinder und Ausbeutung geht, dafür nur ein paar Beispiele.

Am 2. Mai d. J. wurde den Arbeitern kommandirt, bei 27 Grad Reaumür (die gemöhnliche Arbeitszeit dauert von 8 Uhr früh bis Abends 6 Uhr) bei 3 Mark Strafe bis 9 Uhr zu arbeiten. Selbstverständlich konnten die Meisten es nicht aushalten, und jeder von denen mußte 3 Mark zahlen! Daß sich für eine solche Schinderei auch noch Meister finden, die diese Anordnungen noch überleben, sollte man kaum für möglich halten. Aber es ist auf diesem Gebiet kein Ding unmöglich. Hülsewig, Obermeister oder Meister, Teufel in Menschengestalt, ließ einen unglücklichen Arbeiter, der wohl vor Keiser „Einen“ getrunken hatte, oder solcher Anstrengung nicht gewachsen war, mit Wasser und Kalt begießen, weil er eingeschlafen war! Der Name dieses Burschen sei hiermit öffentlich gebrandmarkt.

Zu gleicher Zeit mußten auch die Blechwalzer bluten. Es hieß, diese Nacht müssen 14 Satz gemacht werden. Wenn nicht, 6 Mark Strafe pro Mann. Selbstverständlich wurden die 14 Satz nicht fertig. Am anderen Tage sagten die Arbeiter, sie könnten nicht so arbeiten, und verlangten ihre 6 Mark. Für diese Keußerung wurden ihnen weitere sechs Mark abgezogen. (!!!!! Die Red.)

„Reinisch-Wesfälischer Fabrikantenbund“, Minister von Kapbach! Wunderbar schön, nicht wahr? — Die Wölfe sind gestiegen! Wir eruchen, diese Fabrik einmal zu untersuchen; jedenfalls müssen die Strafgeißel doch gebucht werden. Wie man uns nämlich mittheilt, fliehen diese Gelder nicht in die Krankenkasse, sondern sie werden als Schadenersatz abgezogen.

So werden Arbeiter „musterhaft“ — befohlen.

— Der Internationalismus der Wissenschaft. Einer der größten Gelehrten Frankreichs, der weltberühmte Chemiker Berthelot, ist in seinem neuesten Buch „Wissenschaft und Philosophie“ mit dem althergebrachten Chauvinismus der Deroulede und Konforten scharf ins Gericht. „Thatsächlich“, schreibt er, „ruht die Initiative der Ideen und Entdeckungen seit mehr als zweihundert Jahren im Schooß der drei Völker Englands, Frankreichs und Deutschlands. Ihre Einigkeit und gegenseitige Sympathie sind bei Strafe allgemeinen Niederganges unerlässlich.“ An anderer Stelle hebt er die Idee hervor, welche die großen Denker des achtzehnten Jahrhunderts, die Leibniz und Lessing, die Diderot und Voltaire, befeuerte: die Idee der Solidarität und Brüderlichkeit der Völker Europas.

Der Pariser „Socialiste“, dem wir diese Mittheilung entnehmen, setzt hinzu: „Ja, im vorigen Jahrhundert, als das Bürgerthum sich noch in voller Kraft fühlte, als es noch den Fortschritt des Menschengeschlechts im Genuß verweicht ist, ist es nur egoistisch, stupid national und patriotisch. Heute kann nur noch die Arbeiterklasse, die revolutionäre Klasse, international sein.“

Der „Socialiste“, der in der gleichen Noth den französischen Bourgeoischreibern vorwirft, daß sie den „Krein Deroulede nachschleichen“, hat Recht. Das kann und aber nicht hindern, die Worte Berthelot's unter deutschen Bourgeoischreibern unter die Nase zu reiben, die nicht müde wird, jedes Lebenszeichen des französischen Chauvinismus vor ihren Lesern mit großem Geschrei breitzutreten, damit auch der Franzosenhaß in Deutschland ja nicht nachlasse. Diesem völkerverhöhnenden Treiben gegenüber sind solche Stimmen, wie die Berthelot's, von doppeltem Gewicht.

— Ein richtiger Polizeibandit — wir finden kein anderes Wort für diese Sorte Willkürhelden — scheint der Polizeiamtmann in Freiburg im Breisgau zu sein. Daß derselbe streikende Glasergewerksleute als Bagabunden zu stehentüchtiger Haft verurtheilt, ist bekannt. Mit welcher Rechte, beweist der Umstand, daß der eine dieser Leute, der Rekers ergriff, später freigesprochen

wurde, während die Andern ihre sieben Tage leider schon abgedrückt hatten. Darum, daß dieser noch junge Staatsbreiter in ganz frecher Weise seine gefesslichen Befugnisse überschritten hatte, kammerte sich jedoch keine Seele im badiſchen „Rusterlande“.

Ebenfalls in Freiburg kam voriges Jahr ein Glasergewerksleute aus der Schweiz zugereist, um sich dort zur Aushebung zu stellen. Der Mann war gut gekleidet, machte nicht im Mindesten den Eindruck eines Landstreichers, hatte 5 Mark Geld bei sich und konnte auch durch, in seinem Besitze befindliche Briefe nachweisen, daß er auf der Reise von seinen Mitteln lebte. Er wurde auf der Herberge mitgenommen, vom Polizeiamtman als Landstreichler titulirt und behandelt, sechs Tage eingesperrt, und da sich in seinem Besitze eine Mitgliedskarte von einem schweizerischen Grütlivereine befand, hielt man ihn vor: Ja, nun wisse man schon, wer er sei, denn die Grütlivereine seien lauter Umstürler u. s. w.

So geht man mit dem arbeitenden Volk um, und dann verlangt man noch, daß dasselbe seine Peiniger liebe. Beiläufig, wie viele solcher Fälle mögen wohl vorkommen, die nie bekannt werden, da die armen Teufel gewöhnlich weiter reifen, ohne daß Jemand von der an ihnen verübten Gemeinheit erfährt, oft auch aus Scham, im Gefängnis gefesselt zu haben, schweigen. Auch dieser Fall kam nur durch Zufall zu unserer Kenntniß.

— Schweiz. In Grenchen (Kanton Solothurn) tagte am 26., 27. und 28. Juni die Delegirten-Versammlung des schweizerischen Grütlivereins. Der Geist, der die Beratungen der Vertreter dieser in erfreulichem stetem Wachsthum begriffenen Organisation befeuerte, war ein vortrefflicher.

Nach eingehenden Referaten des Lehrers Zischner, des Zentralpräsidenten des Grütlivereins Scherer, des Professor Bägelin, des Redakteur Curti u. a. sah die Versammlung Beschlüsse zu Gunsten einer Erweiterung der Haftpflicht und in weiterer Folge Einführung obligatorischer Unfallversicherung, zu Gunsten unablässigen Eintretens für internationale Arbeitsgesetzgebung, auf Gründung einer allgemeinen Streik- und Maßregelungskasse u. s. w. Das Verhalten des Züricher Regierungsraths in Sachen der streikenden Schloffer wurde in einer scharf gefaßten Resolution lebhaft getadelt.

Die Versammlung war von 203 Delegirten besucht, welche 148 Sektionen vertraten, am Festtag nahmen 3000 Personen Theil. Wir begrüßwünschen unsere Freunde und Grütlivereine zu diesem wichtigen Fest der Arbeit.

— Frankreich. Der Prozeß gegen die angeblichen Mörder des Grubendirectors Watrin ist vorige Woche vor dem Schourgericht in Roubaix zu Ende geführt worden. Es wurden verurtheilt: der am meisten belastete Arbeiter Bedel zu acht Jahren Zwangsarbeit, der Arbeiter Lecure zu 7, der Arbeiter Blanc zu 6 und der Arbeiter Caussanel zu 5 Jahren Gefängniß. Gegen alle diese hatten die Beamten der Kompanie in der gravirtesten Weise ausgesagt. Die Geschwornen hatten ihnen mildernde Umstände zugestanden; daß der Gerichtshof so enorme Strafen verhängte, stempelt sein Urtheil zu einem Akt offenerer Klassenjustiz.

Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen; 26 Jahre Gefängniß sind ja auch genug, selbst die anspruchsvollsten Bourgeois mit der Republik auszuöhnen.

Auf dem am 20. Juni eröffneten Jahreskongreß der Föderation des Arbeiterverbandes für Mittelfrankreich wurde auf Antrag Bailant's, angefaßt der Thatsache, daß die einzige Schuldige in der Watrin-Affäre die Grubengesellschaft ist, einstimmig eine Resolution beschloffen, laut welcher der Kongreß den Beruftheiten seine solidarische Geninnung ausdrückt und es der Regierung „zur Pflicht macht, sie sowie alle politisch Verurtheilten unverzüglich freizulassen.“

Der genannte Kongreß war diesmal außerordentlich stark besucht; außer den zur Föderation gehörenden Körperschaften hatten ihn auch die zur Arbeiterpartei gehörenden Gruppen, sowie eine Anzahl unabhängiger Arbeiterorganisationen befehligt, so daß im Ganzen 111 Syndikalisten, Fach- und politische Vereine auf ihm vertreten waren. Das Werk der Bereinigung der verschiedenen Fraktionen der französischen Arbeiterbewegung ist damit um ein gutes Stück gefördert worden, was wir mit Freuden begrüßen. Ueber die Arbeiten des Kongresses in nächster Nummer.

Nachdem am 22. Juni der Senat mit einer Majorität von 141 gegen 107 Stimmen dem Regierungsvorschlag auf Ausweisung der Thronpräsidenten zugestimmt, haben diese, und zwar der Graf von Paris als Vertreter der Orleans, Jerome Napoleon, genannt Nonplon, und dessen Sohn Viktor, genannt Toto, als Vertreter der Bonapartisten (der Letztere Repräsentant der schärferen Zonari), ihr Bündel geschnitten und den Boden der Republik verlassen, nicht ohne durch unerschütterte Kundgeben ihrer Staatsreichthümer den Ausweisungssatz nachträglich wenigstens indirekt zu motiviren. Auch war, wie oben, das als eine Halbheit mißbilligt, wird für diese doppelzüngigen Antrüganten feinerlei Bedauern übrig haben, zumal dieselben auf Grund ihrer zusammengekauften Vermögen auch im Ausland nicht zu hungern brauchen. Die scholteste Rolle hat unweifelhaft der Graf von Paris gespielt. Er, der 1871, als es sich darum handelte, von der soeben in's Leben getretenen Republik die Freigabe der vom Kaiserreich beschlagnahmten Familiengüter der Orleans zu erlangen, laut erklärte hatte, daß er sich „nie als Präsident aufgespielt, also auch auf nichts zu verzichten habe“, daß sein Anerbieten u. d. „beste Anerkennung der Republik“ sei, gegen welche Regierungsform er „keinerlei Abneigung verspüre“, derselbe Ehrenmann erklärt jetzt, man verfolge in ihm „das monarchische Prinzip“, dessen Bewahrung „mir von Dem übertragen worden, der es so glorieus gehütet“, und weiter: „Die Republik hat gesprochen; indem sie auf mich schlug, hat sie mich ernannt“ („designé“, was die deutschen Bourgeoiszeitungen in ihrer Eucht, abzuschwächen, mit „bezeichnet“ übersehen).

Charakteristisch ist noch, daß alle diese Herren erklären, die Regierungsform, die sie vertreten, sei die einzige Gemäße für die — man laße nicht — demokratischen Institutionen des Landes.

Nun, Louis Philipp ließ sich ja auch von seinen Kreaturen die „beste Republik“ taufen. — Es kommt eben nur darauf an, dem Kind einen guten Namen zu geben, sagte der Weinpantzer und taufte sein Fuchsinwasser Vorbezug.

— Italien. Aus Livorno erhalten wir folgende Zuschrift: Es dürfte nur wenigen Lesern des „Socialdemokrat“ bekannt sein, mit wie großen Schwierigkeiten die noch so junge Partei der italienischen Arbeiter bis jetzt zu kämpfen hatte, wie viele Angriffe von allen Seiten auf uns gemacht wurden, ohne daß sie uns freilich zu beirren vermochten. Unbekümmert um die „Macht und List“ der Gegner fühlten sich unsere Genossen von Mailand, Rom, Bologna, Cremona u. s. w. stark genug, um unabhängig von allen Parteien mit eigenem Programm und eigenen Kandidaten an den letzten Wahlen Theil zu nehmen. Daß es unsern wackern Genossen in Oberitalien für diesmal nicht gelungen ist, einen unserer Kandidaten durchzubringen, verdanken wir hauptsächlich der sogenannten Demokratie, welche uns auf der ganzen Linie mit den gemeinsten Mitteln bekämpfte. Es würde zu weit führen, wollte ich alle Hebelthäten dieser „Freunde der Arbeiter“ hier anführen, ich will mich deshalb nur mit den Angriffen beschäftigen, welche der den Palatin der italienischen Demokratie spielende Deputirte Felice Cavallotti gegen unser Zentralomite erhoben hat.

In einer Versammlung in den Lokalen des Consolato Milanesi schleppte Felice Cavallotti unsern Genossen Kerbs, Croce, Lazzari u. d. die schwerwiegenden Worte entgegen: „Man weiß, von welchen Mitteln ihr lebt, und man kennt die Mittel, mit welchen ihr euer Organ, den „Gascio Operaio“, unterstüßt,“ und nannte unsere Genossen Polizeispyone. Die Beweise für seine Aussage versprach er in dem Mailänder „Secolo“ zu publiziren, und wirklich schrieb er, nachdem er einige Male von unsern Genossen daran gemahnt worden war, einige nichtslagende Briefe an den „Secolo“ und veröffentlichte am 20. Juni endlich seine versprochenen Beweise, die aber so kleinlich ausfielen, daß selbst viele Demokraten ihre Bewunderung darüber nicht unterdrücken konnten, daß ein Mann wie Cavallotti sich so weit verstellen könne. Nicht genug, daß er unsern Genossen Kerbs, der im Jahre 1884 unter seiner Führung nach Neapel geeilt war, um den Cholerafranken Hilfe zu leisten, und welcher für unsere Sache den letzten Centesimo geopfert, in den Roth zu ziehen suchte, und gegen alle Mitglieder des Zentralauschusses eine Menge Unmährheiten aussähte,

nein, er suchte selbst in den verstaubten Archiven des Strafgerichts Commo nach, um bezüglich unsern Genossen Diverio ausfindig zu machen, daß derselbe im Jahre 1856, sage vor 30 Jahren, auf Grund Verbahts — nicht Ueberführung — des Diebstahls zu 3 Monaten Haft verurtheilt war. Der Mann, der so viel über die Rehabilitation der Verbrecher predigt, genirt sich nicht, heute seinen eigenen Ideen zu widersprechen, nur um eine junge, vielversprechende Partei in ihrer Existenz zu schädigen. Vielleicht ahnte dieser ehrenwerthe Kämpfer für „Freiheit“ und „Volkswohl“ nicht, daß er schon so bald an das Ziel seiner Wünsche gelangen werde, denn die italienische Polizei oder besser der ehrenwerthe Herr Depretis ist ihm letzter Tage zu Hilfe gekommen mit einem Dekret, nach welchem die Arbeiterpartei (Partito Operaio Italiano) aufzulösen und der Zentralschaffsordnung wegen „Aufhebung gegen die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung“ in Anklagezustand zu versetzen ist. Die Polizei ist, wie überall, auch hier in „freien Italien“ sofort bereit, solche Befehle auszuführen, und heute liest man in allen Zeitungen die Nachricht, daß die Genossen Lazzari, Casati, Dante, Casiraghi, Fantuzzi, Bottono und Parenti verhaftet wurden, um ihrem schon seit einigen Tagen in Haft stehenden Genossen Croce Gesellschaft zu leisten.

Auch unser Landsmann Emilio Kerbs (Genosse Kerbs, den wir uns als Landsmann gern gefallen lassen, ist unsern Wissen der Nationalität nach Schweizer. Red. d. „S. D.“) erhielt, wie schon zu verschiednen Malen, den ehrenwerthen Besuch der Polizisten, und dann ebenfalls die Ehrenbegleitung zum Gefängniß, um mit den anderen Genossen in den Zellengefängnissen Mailands die Sommerstage zu verbringen.

Aber nicht allein in Mailand, sondern in allen Theilen Italiens wurden solche Razzias vorgenommen. So unter Anderm auch hier in Livorno, wo wir im Februar d. J. die erste Sektion gründeten, und heute acht Sektionen mit circa 1000 Mitgliedern zählen, und die beste Hoffnung hatten, in kurzer Zeit auf die doppelte Zahl anzunehmen. So erhielten gestern einige unserer Genossen den Besuch des Polizeikommissars, und zwar schon Morgens um 8 Uhr, als gälte es, Räuber in den Kalabrischen Bergen zu fangen. Nachdem die Wohnungen genau durchsucht waren, mußten unsere Genossen auch das Lokal der vereinigten Sektionen öffnen, wo die Polizisten unser ganzes Eigentum, nur Stühle und Lampen ausgenommen, mit auf die Präfectur schleppten. Dort wurde dann der Sekretär des Unteromites aufgefordert, alle Sektionen auszulösen, was derselbe natürlich verweigerte. Mehr konnte ich bis jetzt über den Verlauf der Sache nicht erfahren, weshalb ich, da ich ohnehin schon Ihren Raum stark in Anspruch genommen, für heute mit der Hoffnung schließe, bald erfreulichere Mittheilungen machen zu können. Mit Gruß und Solidarität!

Ein deutscher Genosse.

England. Unsere Leser werden bereits aus der Tagespresse erfahren haben, daß der Gladstone'sche Entwurf eines Selbstverwaltungs- (Home-Rule) Gesetzes für Irland von dem englischen Parlamente mit 341 gegen 311 Stimmen im Prinzip abgelehnt worden ist und daß daraufhin jetzt das Parlament aufgelöst ist und Neuwahlen ausgesprochen sind. Bei denselben kämpfen Tories und Whigs Schulter an Schulter gegen den vorgeschrittenen Hügel der Liberalen und die Jelfänder. Die Gruppe des Herrn Chamberlain, der im Interesse der „Einheit des Reiches“ ebenfalls gegen die Home-Rule-Bill stimmte, schwankt zwischen beiden Armeen hin und her, ohne eine bestimmte Stellung einzunehmen.

Der Kampf wird ein äußerst heftiger. Indem Gladstone mit der bisherigen Politik Englands Irland gegenüber einen radikalen Bruch angebahnt hat, hat er zugleich alle Parteitraktionen über den Haufen gemorren und neuen zeitgemäheren Parteigruppierungen die Wege gebahnt. Auf Seiten der Gegner Gladstone's scharen sich die Anhänger aller Arten von Klassenprivilegien zusammen, während sich Gladstone im Wesentlichen auf die große Masse der durch die Wahlrechtsveränderung in die politische Arena neuingeretretenen Wählerschaft stützt. Der Gegensatz ist so scharf als nur möglich, und wenn der Kampf sich auch nicht direkt als ein eigentlicher Klassenkampf angeigt, — dazu ist die Mannschafft, die in Gladstone's Reihen kämpft, aus zu verschiedenenartigen Elementen zusammengesetzt — so birgt er doch die Elemente eines solchen.

Die Stellung der englischen Sozialisten distirt sich unsern Grachten nach allem von selbst. Sie haben, unbeschadet ihrer weitergehenden Forderungen, gerade in ihrer Eigenschaft als Revolutionäre, die Home-Rule-Bewegung zu unterstützen, da dieselbe dazu geeignet ist, wenn auch nicht die ganze irische Frage sofort zu lösen, aber wenigstens klaren Licht in derselben zu machen, und so ein ständendes Element in der Parteibildung zu befeigen. Zugleich aber haben sie auf die Unzulänglichkeit des hohen Home-Rule-Prinzips hinzuweisen und ihm das sozialistische Programm gegenüberstellen. Ein in der letzten Nummer der „Justice“ veröffentlichtes Wahlmanifest der Sozialdemokratischen Föderation hat in dieser Hinsicht unsern vollen Beifall. Es heißt da:

„Die Frage, die wir jetzt zu entscheiden haben, ist die, ob es der überwiegenden Majorität des irischen Volkes gestattet sein soll, ihre Angelegenheiten nach ihrem Dafürhalten zu regeln, oder ob wir fortzuführen sollen, auf der Nachbarinsel eine starke Heeres- und Polizeimacht zu unterhalten bezuß Ausziehung der Renten für 2000 Landlords und Durchführung von Anstreibungen gegen Millionen halberdruingeter Bauern.“

„Wir glauben nicht an den Werth bloß nationaler Befreiung. Die wachsende Beratung der großen Masse der arbeitenden Klasse in Deutschland, Frankreich, Italien, Belgien, Holland, Ungarn und sogar in den Vereinigten Staaten zeigt nur zu deutlich die Nothwendigkeit der „Nationalitäts“-Befreiung. Aber die Befreiung Irlands ist in letzter Instanz ein sozialer Kampf, und der wühende Religions- und Klassenhaß, den konservative Aristokraten und liberale Kapitalisten so eifrig befeigen, aufzuführen, wird nur deshalb wieder hervorgeholt, um Euch blind zu machen für ihr selbstsüchtiges Eintreten für Klassenhaß und Herrschaft.“

„Können Sie glauben, daß Herzoge und Marquis, Grafen und Barone, jüdische Millionäre und Birminghamer Fabrikanten sich nur in Eurem Interesse in brüderlicher Liebe verbunden zum Widerstand gegen Irlands Selbstverwaltung? Bildet Sie Euch ein, daß der Herzog von Bedford einen Blanco-Chef, der Herzog von Westminster, dessen Knauererei sprichwörtlich ist, die Preise, die seine Kerner in Espom und Ascot gewonnen, an das Unionisten-Komitee senden, lediglich im Interesse der Lohnarbeiter Großbritannien? Hat Lord Hartington seine Beziehung zu den Göttern der Cavendish's in Irland gelöst...?“

„Mittbürger, Ihr könnt nicht im Zweifel sein. Die Sache des irischen Volkes ist heute Eure Sache. Freiheit für die Bauern Irlands, heißt binnen Kurzem Emancipation der Lohnslaven Englands. Aber kein elender politischer Abglaube, keine servile Demunderung für einen gewaltigen Reiner darf uns über das Ziel dieses großen Konfliktes täuschen. Gladstone hat selbst während eines langen Lebens die Uebergriffe unserer Machtgeber jenseits des St. George-Kanals vertheidigt und die mannigfachen Ungerechtigkeiten der Gemaltherrschaft befestigt. Freie Männer geben daher ihre Rechte dem Belieben selbst eines 80jährigen Staatsmannes, der aus den Erfahrungen zweier vieljährige gelernt hat, und nun läßt für die Rechte des irischen Volkes auftritt, nicht anheim.“

— Sozialistische Presse und Literatur. Socialistic Library (Sozialistische Bibliothek). Unter diesem Gesamt-Titel gibt seit einiger Zeit die äußerst rührige Nationaldelegirte der Sozialistischen Arbeiterpartei von Nordamerika in monatlich erscheinenden Heften eine Sammlung von sozialistischen Broschüren aller Art heraus. Der Preis der Hefte ist je nach Umfang verschieden, das Jahresabonnement ist auf 1 Dollar festgesetzt. Von den bis jetzt erschienenen Heften liegen uns im Augenblick zur Besprechung vor:

Heft 3. Offizielles Protokoll der 5. National-Konvention der Soz. Arbeiter-Partei von Nordamerika, abgehalten am 5.—8. Oktober 1886 in Cincinnati.

Für Jeden von Interesse, der die Entwicklung der Partei drüben im Speziellen zu verfolgen wünscht.

Heft 4. Dr. Geo. Stiebeling, Die Erzeugung und Vertheilung des Arbeits-Extrages in den Vereinigten Staaten.

Heft 5. Dr. Geo. E. Stiebeling, Die wirtschaftliche



